

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 21.09.2007
	Schriftführung Christian Ruhe
	Telefon-Nr. 02202/142237
Niederschrift	
Hauptausschuss	Sitzung am Dienstag, 11. September 2007
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:04 Uhr - 19:10 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 12.06.2007 - öffentlicher Teil -
401/2007**
- 4. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5. Beschluss über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes "Stadtmitte" gemäß § 142 Abs. 3 Baugesetzbuch
480/2007**
- 6. Annahme einer Schenkung des Verschönerungsvereins Bergisch Gladbach e.V.
481/2007**
- 7. Wohnen für Seniorinnen und Senioren in Bergisch Gladbach
379/2007**
- 8. Neu- bzw. Wiederwahl der Schiedspersonen und der stellvertretenden Schiedspersonen für die Schiedsamtsbezirke Bergisch Gladbach I (Bergisch Gladbach -**

alt -) und Bergisch Gladbach II (Bensberg)
478/2007

- 9. Beitritt der Stadt Bergisch Gladbach zum "Institut der Rechnungsprüfer und Rechnungsprüferinnen in Deutschland e.V. (IdR)"**
440/2007
- 9.a Berichte aus den Gremien von Unternehmen, an denen die Stadt beteiligt ist**
483/2007
- 10. Anträge der Fraktionen**
- 10.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 25.06.2007, ein Konzept für das Handlungsfeld "Klimaschutz vor Ort" zu erstellen**
356/2007
- 10.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 12.07.2007, eine Strukturuntersuchung für den Ortsteil Bergisch Gladbach - Sand bis Mitte 2008 durchzuführen**
380/2007
- 10.3 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 27.08.2007 zur Änderung der Richtlinien über die sonstige Benutzung von Straßen**
487/2007
- 11. Anfragen der Ausschussmitglieder**

B **Nicht öffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil -**
2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 12.06.2007 - nicht öffentlicher Teil -**
402/2007
3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 3.1 **Mitteilung zur Beteiligung der Stadt Bergisch Gladbach an der Gemeinnützigen Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft mbH (RBS) - Erwerb eigener Anteile durch die Gesellschaft**
4. **Berichte aus den Gremien von Unternehmen, an denen die Stadt beteiligt ist**
483/2007
5. **Ehrungen mit der Ehrennadel in Gold, der Ehrennadel in Silber und der Ehrennadel nach der städtischen Ehrungssatzung**
453/2007
6. **Wahl eines Geschäftsführers für die GL Service gGmbH**
488/2007
7. **Anträge der Fraktionen**
8. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

@-> Bürgermeister Orth eröffnet die 16. Sitzung des Hauptausschusses in der siebten Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Hauptausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Für die Sitzung sind Frau Hammelrath (SPD), Frau Ryborsch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Herr Lang (BfBB) entschuldigt.

Sie werden vertreten durch Frau Schöttler-Fuchs (SPD), Herrn Ziffus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Herrn Brenneiser (BfBB).

Von der Verwaltung ist Frau Fahner entschuldigt.

Herr Orth benennt die für die Sitzung relevanten Unterlagen:

- die Einladung vom 30.08.2007 mit den dazugehörigen Vorlagen.

Herr Dr. Kassner beantragt, TOP B 4 - Berichte aus den Gremien von Unternehmen, an denen die Stadt beteiligt ist - im öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln. Er könne die Einschätzung des Bürgermeisters nicht nachvollziehen, dass der TOP im nicht öffentlichen Teil der Sitzung behandelt werden müsse. So würden z.B. Beteiligungsberichte grundsätzlich öffentlich behandelt; einen wesentlichen Unterschied zwischen Beteiligungsberichten und dem heutigen TOP B 4 könne er jedoch nicht erkennen.

Herr Orth entgegnet, dass ein solcher Unterschied jedoch bestehe: TOP B 4 enthalte - im Gegensatz zu Beteiligungsberichten - schutzwürdige Informationen.

Herr Orth gibt den Hauptausschussmitgliedern Gelegenheit zur Stellungnahme zum Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dr. Kassner.

Herr Ziffus und Herr Schütz erläutern, dass sie den Antrag unterstützen.

Herr Orth bittet daraufhin die Öffentlichkeit, den Sitzungssaal zu verlassen. Die Nichtöffentlichkeit der Sitzung wird hergestellt.

Einschub: Die Protokollierung des nun folgenden Sitzungsverlaufs findet sich im nicht öffentlichen Teil der Niederschrift unter TOP B 4.

Die Öffentlichkeit der Sitzung wird daraufhin wieder hergestellt.

<-@
2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

@-> Die Niederschrift über die Sitzung vom 12.06.2007 - öffentlicher Teil - wird genehmigt.

<-@
3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 12.06.2007 - öffentlicher Teil -

@-> Herr Ziffus fragt, ob seine Anregung aus der vergangenen Hauptausschusssitzung, eine gemeinsame Sitzung von Hauptausschuss und Integrationsbeirat abzuhalten, noch diskutiert würde.

Dies wird von Herrn Orth bejaht.

Der schriftliche Bericht wird zur Kenntnis genommen.

<-@
4. Mitteilungen des Bürgermeisters

@-> Es liegen keine Mitteilungen des Bürgermeisters für den öffentlichen Teil der Sitzung vor.

<-@
5. Beschluss über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes "Stadtmitte" gemäß § 142 Abs. 3 Baugesetzbuch

@-> Herr Dr. Kassner weist auf einen Fehler auf Seite 17 der Einladung - Anlage 2 zu Vorlage 480/2007 (Abgrenzung des Sanierungsgebietes „Stadtmitte“) - hin. Die grafische Darstellung (Skizze) des Sanierungsgebietes stimme nicht mit der schriftlichen Darstellung auf Seite 23 der Einladung überein („Im Westen bildet das „Köttgen-Gelände“, im Osten die Odenthaler Straße im Bereich Buchmühle und Hammermühle den Abschluss des Sanierungsgebietes“). Die Vorlage solle bis zur Ratssitzung am 20.09.2007 entsprechend korrigiert werden.

Herr Ziffus kritisiert die Stadtplanungs- und Stadtentwicklungs-Politik der letzten Jahre in Bezug auf die Stadtmitte. Den heutigen Zustand der Stadtmitte bewerte er als „schallende Ohrfeige“ für die in den letzten Jahren politisch Verantwortlichen. Die dargestellten Sanierungsvorschläge bewerte er weitgehend positiv; allerdings müssten die Folgekosten der Sanierung sorgfältig überprüft werden.

Herr Schmickler weist die Kritik zurück. Es müsse zur Kenntnis genommen werden, dass zu den Akteuren in Bezug auf die Stadtmitte nicht nur die Stadt, sondern auch eine Vielzahl von privaten Immobilieneigentümern, Investoren, Unternehmern etc. zählen. Eine pauschale Schuldzuweisung dürfe daher nicht vorgenommen werden. Es sei richtig, nun die notwendigen Maßnahmen zu treffen und die Chance, Fördermittel zu erhalten, zu nutzen. Zudem seien Rat und Verwaltung in Bezug auf die Stadtmitte in den letzten Jahren keineswegs untätig gewesen. Vieles von dem, was in den letzten Jahren erarbeitet wurde, sei heute Grundlage des weiteren Vorgehens.

Herr Mömkes bekräftigt diese Ausführungen.

Herr Schmickler antwortet auf eine Frage von Herrn Nagelschmidt, dass eine sich möglicherweise überlagernde Ausweisung des Areals Buchmühle als Umlegungs- und als Sanierungsgebiet nicht zu Problemen führen werde. Dies sei überprüft worden.

Herr Schütz fragt, warum im vorliegenden Falle das vereinfachte Verfahren nach § 142 Baugesetzbuch angewendet werde und was die Vor- und Nachteile dieses Verfahrens seien. Im normalen Verfahren bestünde die Möglichkeit, Ausgleichsbeiträge für Sanierungsgewinne zu erheben. Zudem bittet er um eine Einschätzung der Folgekosten des Beschlusses. Diese seien in der Vorlage nicht dargestellt.

Herr Schmickler antwortet, dass das normale Verfahren einen immensen bürokratischen Aufwand auslösen würde. Auf Grund fehlenden Personals sei die Verwaltung dazu nicht in der Lage. Er erwarte zudem keine flächendeckenden Wertsteigerungen in der Stadtmitte durch die Festlegung als Sanierungsgebiet, da sich diese Maßnahme weit überwiegend auf den öffentlichen Raum und damit weniger auf private Grundstücke beziehe. Klassische Sanierungsverfahren seien hingegen dadurch gekennzeichnet, dass überwiegend in private Grundstücke/Bausubstanz eingegriffen werde.

Für die Bereiche in der Stadtmitte, in denen auf Grund der Sanierungsmaßnahme nennenswert in private Grundstücke/Bausubstanz (z.B. Buchmühle) eingegriffen werde, stünden jedoch andere Maßnahmen zur Abschöpfung von Wertsteigerungen zur Verfügung. Aus diesem Grund solle das vereinfachte Verfahren angewendet werden. Detaillierte Aussagen zum voraussichtlichen Kostenrahmen der Sanierungsmaßnahme könnten noch nicht vorgenommen werden.

Herr Orth ergänzt, dass der Grund, das Sanierungsgebiet förmlich festzulegen, darin bestehe, eine Rechtsgrundlage für die Inanspruchnahme von Bundesmitteln zu schaffen. Mit der Beschlussvorlage sei daher keine direkte Finanzwirkung verknüpft.

Herr Ziffus regt an, sich mit ähnlichen Sanierungsmaßnahmen in anderen Gemeinden zu befassen. Es solle möglichst bald eine entsprechende Ortsbesichtigung vorgenommen werden.

Herr Schmickler weist Herrn Ziffus zum Vergleich auf die sechs weiteren städtebaulichen Leitprojekte der Regionale 2010 hin. Über diese würde bei den Regionale-Veranstaltungen, zu denen die Fraktionen regelmäßig eingeladen würden, informiert.

Herr Albrecht weist Herrn Ziffus auf eine ähnliche Sanierungsmaßnahme in Köln-Mühlheim hin.

Frau Schmidt-Bolzmann spricht sich positiv zur Beschlussvorlage aus. Die FDP-Fraktion betrachte einen entsprechenden Beschluss auch als Impuls zur Eigeninitiative für private Eigentümer.

Der Hauptausschuss fasst daraufhin jeweils einstimmig folgende **Beschlussempfehlungen:**

<-@

@->

- I. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt gemäß § 142 Abs. 3 Bau-gesetzbuch (BauGB) die förmliche Festsetzung des Sanierungsgebietes „Stadtmitte“ als Satzung gemäß Anlage 1 in Verbindung mit dem in Anla-ge 2 dargestellten Lageplan.
- II. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt gemäß § 142 Abs. 3 Satz 3, die Frist für die Durchführung der Sanierungsmaßnahme „Stadtmitte“ auf 15 Jahre festzulegen.
- III. Die Verwaltung wird beauftragt, für das Haushaltsjahr 2008 und in der Fi-nanzplanung 2009 ff. entsprechende Ansätze für die Sanierungsmaßnahme „Stadtmitte“ einzustellen.

<-@

6. Annahme einer Schenkung des Verschönerungsvereins Bergisch Gladbach e.V.

@->

Herr Hagen begibt sich in den Zuschauerbereich, da er befangen ist.

Herr Orth spricht dem Verschönerungsverein für alle bisherigen Schenkungen beson-deren Dank aus.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgende **Beschlussempfehlung**:

Die Schenkung des Verschönerungsvereins Bergisch Gladbach e.V. - die Renovie-rung von Türen im Foyer und in der ersten Etage des Rathauses Gladbach - wird mit besonderem Dank angenommen.

Herr Hagen kehrt an seinen Platz zurück.

<-@

7. Wohnen für Seniorinnen und Senioren in Bergisch Gladbach

@->

Herr Orth erläutert, dass der Mitteilungsvorlage ein Antrag der CDU-Fraktion im Sommer 2007 vorausgegangen sei.

Herr Dr. Kassner äußert sich sehr positiv über die Vorlage und regt an, bei der nächs-ten Überarbeitung der Zuständigkeitsordnung die Behandlung von Vorlagen, die das Wohnen im Alter betreffen, in die Zuständigkeit des Sozialausschusses zu legen. Der Hauptausschuss solle sich auf die Fragen, die die Stadtentwicklung betreffen, kon-zentrieren können. In der Vorlage werde an mehreren Stellen die Erarbeitung eines wohnungspolitischen Handlungskonzeptes für alte Menschen gefordert und dazu auch Vorschläge unterbreitet. Um ein solches Konzept auf der Grundlage der Broschüre „Wohnen im Alter“ erstellen zu können, seien weitere Informationen notwendig. So solle der Wohnraumbedarf alter Menschen für die einzelnen Quartiere im Stadtgebiet erfasst werden, um die Wünsche und Bedürfnisse der Seniorinnen und Senioren be-rücksichtigen zu können. Diese wollten nämlich häufig dort wohnen bleiben, wo sie immer gewohnt haben, und nicht in einen anderen Bezirk umziehen. Auch habe er den Eindruck, dass in Bergisch Gladbach unter anderem deshalb zu wenige Wohn-möglichkeiten für alte Menschen bestehen, weil die vorhandenen Einrichtungen auch von Menschen aus dem Umland belegt würden. Hier müsse über Steuerungsmöglich-keiten nachgedacht werden.

Herr Orth widerspricht dieser letzten Aussage von Herrn Dr. Kassner und weist darauf hin, dass der Bedarf an Pflegeplätzen derzeit nicht gedeckt sei (vergleiche S. 9 der Vorlage).

Die Anregung von Herrn Dr. Kassner zur Änderung der Zuständigkeiten werde zu gegebenem Zeitpunkt diskutiert.

Frau Schöttler-Fuchs erläutert, dass die von Herrn Dr. Kassner angestoßene inhaltliche Diskussion im Sozialausschuss stattfinden solle. Der Hauptausschuss solle sich darauf konzentrieren, dass der Kreis eine vernünftige Infrastruktur schaffe, in der Wohn- und Pflegeformen gewährleistet werden und darauf, dass die Stadt ein entsprechendes Bauleitsystem und ein Genehmigungsverfahren erstelle sowie planungsrechtlich verankere, wo Seniorenwohnungen gebaut werden sollen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-@

8. **Neu- bzw. Wiederwahl der Schiedspersonen und der stellvertretenden Schiedspersonen für die Schiedsamsbezirke Bergisch Gladbach I (Bergisch Gladbach - alt -) und Bergisch Gladbach II (Bensberg)**

@-> Herr Freese begibt sich für die Zeiträume der Behandlung von TOP A 8 in den Zuschauerbereich, da er befangen ist; anschließend kehrt er jeweils wieder an seinen Platz zurück.

Herr Schütz führt aus, dass die Fraktion KIDitiative über die anstehende Neu- bzw. Wiederwahl der Schiedspersonen nicht informiert worden sei. Die Fraktion KIDitiative habe daher keine Möglichkeit erhalten, ihrerseits Wahlvorschläge einzureichen. Die vier zur Wahl stehenden Personen seien offensichtlich ausschließlich von der CDU- und von der SPD-Fraktion für die Wahl aufgestellt worden. Er beantrage daher eine Vertagung der Wahl.

Herr Orth erläutert, dass er dies überprüfen werde und lasse über den Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung abstimmen. Für den Antrag stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und KIDitiative. Mit den Gegenstimmen von CDU und SPD wird der Antrag bei Enthaltung der FDP mehrheitlich abgelehnt.

Herr Mömkes erläutert, dass die einzelnen zur Wahl stehenden Personen für die zu besetzenden Ehrenämter sehr geeignet seien.

Frau Koshofer bestätigt diese Einschätzung und erläutert, dass auch die FDP-Fraktion nicht informiert worden sei. Dies hätte z.B. im Ältestenrat geschehen sollen.

Herr Schütz führt aus, dass § 3 Schiedsamtsgesetz NRW eine geeignete Bekanntgabe vorsehe. Dies sei aus seiner Sicht jedoch nicht erfolgt und das Auswahlverfahren daher zu bemängeln. Jedoch habe auch er keinen Zweifel an der Geeignetheit der zur Wahl stehenden Personen. Es solle aber bei einer Wahl verschiedene Wahlmöglichkeiten geben, was vorliegend nicht der Fall sei. Er beantrage die geheime Einzelwahl der Schiedspersonen sowie ihrer Vertreterinnen und Vertreter.

Herr Waldschmidt entgegnet, dass die SPD-Fraktion nicht von der Verwaltung be-

nachrichtigt worden sei, Wahlvorschläge einreichen zu können, sondern dass sie dies aus eigener Initiative getan habe. Das Ablaufen der Amtszeit der Schiedspersonen sei eine allgemein bekannte Tatsache. Zudem sei es widersinnig, dass Herr Schütz die zur Wahl stehenden Personen zwar als geeignet erachte, aber dennoch einzeln und geheim abstimmen lassen wolle.

Frau Schmidt-Bolzmann bemängelt ebenfalls einen mangelnden Informationsfluss seitens der Verwaltung. Die „große Koalition“ habe sich offensichtlich gemeinsam auf die Wahlvorschläge geeinigt. Es interessiere sie, ob es sich bei Herrn Uwe Hinz um einen der CDU oder um einen der SPD nahe stehenden Kandidaten handele.

Herr Orth gibt den Hauptausschussmitgliedern Gelegenheit zur Stellungnahme zum Geschäftsordnungsantrag auf geheime Abstimmung von Herrn Schütz.

Frau Beisenherz-Galas spricht sich für den Antrag aus.

Herr Orth lässt daraufhin über den Antrag zur Geschäftsordnung auf geheime Abstimmung abstimmen. Für den Antrag stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und KIDitiative (fünf Mitglieder des Hauptausschusses). Gegen den Antrag stimmen CDU, SPD und BfBB. Die für eine geheime Abstimmung erforderliche Mehrheit von 1/5 der Stimmen der Hauptausschussmitglieder ist damit erreicht.

Herr Willnecker äußert seine Zweifel daran, dass die Fraktion KIDitiative einen geeigneten Kandidaten bzw. eine geeignete Kandidatin zur Verfügung stellen könne. Schiedspersonen benötigten einen gewissen Erfahrungsschatz. Dieser sei bei den heute zur Wahl stehenden Personen gegeben.

Herr Mömkes und Herr Waldschmidt bekräftigen, dass die zur Wahl stehenden Personen völlig unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit die notwendige Erfahrung zur Streitschlichtung besäßen und daher für das Schiedsamt geeignet seien. Herr Mömkes erläutert, dass Herr Hinz seines Wissens keiner Partei angehöre. Herr Waldschmidt führt aus, dass es den anderen Fraktionen obliege, heute Wahlvorschläge zu präsentieren. Stattdessen schädigten diese mit ihrem Verhalten das Ansehen der Schiedsfrauen und -männer.

Herr Schütz entgegnet, dass die heutige Diskussion überflüssig wäre, wenn der Bürgermeister das Verfahren ordnungsgemäß durchgeführt hätte, indem er es - wie gesetzlich vorgesehen - öffentlich bekannt gemacht hätte.

Herr Orth weist diese Aussage als Unterstellung zurück.

Herr Schütz weist seinerseits die Aussage von Herrn Willnecker zurück. In der KIDitiative stünden genügend Personen mit ausreichender Lebenserfahrung für ein derartiges Amt zur Verfügung und diese würden auch die übrigen Anforderungen, die das Gesetz an Schiedspersonen stelle, erfüllen. Dies gelte auch für die anderen Oppositionsfraktionen.

Herr Ziffus erläutert, dass nichts gegen eine geheime Abstimmung spreche. Personalentscheidungen würden üblicherweise geheim getroffen.

Herr Orth gibt den Verwaltungsmitarbeitern Gelegenheit zur Vorbereitung der ge-

heimen Abstimmung und fährt zunächst mit der Behandlung von TOP A 9 und TOP A 9a fort.

Herr Orth lässt daraufhin über den Beschlussvorschlag zu TOP A 8 geheim abstimmen.

Als Stimmauszählerinnen benennt der Hauptausschuss Frau Schöttler-Fuchs und Frau Beisenherz-Galas.

Die Auszählung der Stimmzettel liefert folgendes Ergebnis:

Es werden 16 Stimmzettel abgegeben, die auch alle gültig sind.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig mit 16 Ja-Stimmen folgende **Beschlussempfehlung**:

Für den Schiedsamsbezirk Bergisch Gladbach I (Alt Gladbach) wird Herr Klaus-Peter Freese zum Schiedsman gewählt.

Der Hauptausschuss fasst mehrheitlich mit 11 Ja-Stimmen bei 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung folgende **Beschlussempfehlung**:

Für den Schiedsamsbezirk Bergisch Gladbach I (Alt Gladbach) wird Frau Petra Holtzmann zur stellvertretenden Schiedsfrau gewählt.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig mit 16 Ja-Stimmen folgende **Beschlussempfehlung**:

Für den Schiedsamsbezirk Bergisch Gladbach II (Bensberg) wird Herr Karl Wöber zum Schiedsman gewählt.

Der Hauptausschuss fasst mehrheitlich mit 13 Ja-Stimmen bei 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung folgende **Beschlussempfehlung**:

Für den Schiedsamsbezirk Bergisch Gladbach II (Bensberg) wird Herr Uwe Hinz zum stellvertretenden Schiedsman gewählt.

<-@

9. **Beitritt der Stadt Bergisch Gladbach zum "Institut der Rechnungsprüfer und Rechnungsprüferinnen in Deutschland e.V. (IdR)"**

@-> Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgende **Beschlussempfehlung**:

<-@

@-> Die Stadt Bergisch Gladbach tritt dem „Institut der Rechnungsprüfer und Rechnungsprüferinnen in Deutschland e.V. (IdR)“ bei.

<-@

9.a Berichte aus den Gremien von Unternehmen, an denen die Stadt beteiligt ist

@-> Herr Nagelschmidt kritisiert, dass die Mitteilungsvorlage aus Textbausteinen bestehe, die großteils auch schon in Ausschussvorlagen zu finden gewesen seien. Neue Erkenntnisse liefere die Mitteilungsvorlage daher nicht. In Zukunft solle man zu einem anderen Verfahrensablauf finden und den Schwerpunkt in das rechtzeitige Erstellen der Beteiligungsberichte legen.

Herr Orth nimmt diese Anregung entgegen und erläutert, dass sowohl die Beteiligungsberichte, als auch die laufende Berichterstattung auf Anforderungen des Rates zurückgehen.

Frau Schmidt-Bolzmann fragt, ob die geplante Änderung der Gemeindeordnung für die Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH (EBGL) von Bedeutung sei.

Herr Orth erläutert, dass Bestandsschutz bestehe.

Herr Ziffus äußert sich positiv über die Mitteilungsvorlage. Diese sei sinnvoll, da man die Tätigkeiten der Gesellschaften, an denen die Stadt beteiligt ist, in Bezug auf eine eventuelle Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft überblicken können müsse. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei mit der Tätigkeit der Stadtverkehrsgesellschaft (SVG) zufrieden; das in Herkenrath eingeführte Nachtbusssystem solle jedoch auf alle Stadtteile und gegebenenfalls an den Wochenenden auch zeitlich ausgedehnt werden. Man dürfe sich jedoch mit einer möglichen Zusammenlegung der Betriebshöfe KWS und RWK auf dem Gelände der KWS unter anderem aus städtebaulichen Gründen nicht zufrieden geben. Mit der in 2003 abgewendeten drohenden Insolvenz der Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH müsse man sich eventuell noch beschäftigen. Positiv seien die Modernisierungsmaßnahmen, der Energiesparbeitrag und die marktgerechte Orientierung der Gemeinnützigen Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft mbH (RBS) zu erwähnen.

Herr Waldschmidt führt aus, dass man sich bereits zu Beginn der Ratsperiode darüber im Klaren gewesen sei, dass die SVG kein eigenständiges Verkehrsunternehmen werden könne. Diese Diskussion sei auch entsprechend im Aufsichtsrat und im Hauptausschuss geführt worden - sowohl aus rechtlichen, als auch aus finanziellen Erwägungen. Die Gesellschaft werde nun als sog. „Vorratsgesellschaft“ beibehalten, um der Stadt ein weiteres Betätigungsfeld für den wahrscheinlichen Fall zu sichern, dass der Landtag die wirtschaftliche Betätigungsfreiheit der Kommunen einschränke. Zu Beginn der Ratsperiode hätten CDU und SPD sogar beschlossen, die Gesellschaft aufzulösen. Herr Waldschmidt kritisiert, dass für die EBGL der Jahresabschluss 2006 immer noch nicht vorliege.

Herr Dr. Kassner bittet um eine zeitnahe Fertigstellung der Beteiligungsberichte 2005 und 2006. Er fragt, was die Verwaltung in Bezug auf die Aussage auf Seite 48 der Einladung („Das AST wird in Herkenrath kaum genutzt (...)\“) plane. Die Folgen sollten auf jeden Fall im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beraten werden.

Herr Orth erläutert, er habe immer wieder festgestellt, dass ein Informationsfluss zwischen den Ratsmitgliedern, die auch Aufsichtsratsmitglieder in Beteiligungsgesellschaften sind, und den Fraktionen nicht bestehe. Dies solle verbessert werden.

Auf eine Frage von Herrn Schütz weist Herr Orth unter Verweis auf die Vorlage darauf hin, dass die Berichterstattung über die übrigen Beteiligungsgesellschaften in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses vorgenommen werde.

Herr Schütz möchte außerdem wissen, wie der Informationsaustausch zwischen dem Bürgermeister und den Gremien, in denen der Bürgermeister nicht in eigener Person, sondern ein Ratsmitglied oder Verwaltungsmitarbeiter die Stadt vertrete, ablaufe und wie der Bürgermeister den Rat darüber informiere.

Herr Orth antwortet, dass die Gemeindeordnung vorsehe, dass der Bürgermeister in Gremien, in denen die Stadt mindestens zwei Sitze unterhalte, automatisch einen dieser Sitze einnehme oder durch einen von ihm bestellten Vertreter - in der Regel handle es sich dabei um ein Mitglied des Verwaltungsvorstandes oder andere leitende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung - vertreten werde. Diese stünden dem Bürgermeister in einem internen Konferenzsystem als Gesprächspartnerinnen und -partner zur Verfügung. Ein Informationsfluss sei damit gewährleistet. Es gebe lediglich ein Gremium, in welches die Stadt nur einen Vertreter entsende, und zwar die Gesellschafterversammlung der RBS (Vertreter: Herr Dr. Fischer).

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-@

10. Anträge der Fraktionen

10.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 25.06.2007, ein Konzept für das Handlungsfeld "Klimaschutz vor Ort" zu erstellen

@->

Herr Ziffus erläutert, dass der Antrag nach seinem Inhalt im Hauptausschuss behandelt werden müsse und daher nicht an den Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr überwiesen werden solle. Zwar seien die Handlungsfelder 1, 2 und 5 (vergleiche Anlage zum Antrag) nicht der Zuständigkeit des Hauptausschusses zuzuordnen. Jedoch seien Beratungen über die Nutzung regenerativer Energiequellen (Handlungsfeld 3) und die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger (Handlungsfeld 6) keinem Ausschuss zugewiesen; nach der Zuständigkeitsordnung (§ 5 Absatz 2 Nr. 3) sei daher der Hauptausschuss zuständig. Da der Hauptausschuss zudem über Ziele und Maßnahmen der Stadtentwicklung, grundsätzliche Angelegenheiten der Verkehrsplanung und grundsätzliche Angelegenheiten im Bereich des ÖPNV entscheide (§ 3 Zuständigkeitsordnung), würden auch Entscheidungen über umweltfreundliche Mobilität (Handlungsfeld 4) in seine Zuständigkeit fallen.

Herr Orth entgegnet, dass Beratungen über Fachbeiträge gesamtkonzeptioneller Art, die sich gesamtstädtisch - also ohne Bezug auf konkrete Baumaßnahmen oder Bauleitplanungen - mit dem Bestand und der Entwicklung von Flora und Fauna oder Wirkungen von Luft, Immissionen, Grundwasser, des Bodens und des Stadtklimas auf Menschen, Tieren und Pflanzen beschäftigen, nach der Zuständigkeitsordnung (§ 14 Absatz 2) in die Zuständigkeit des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fallen würden.

Auf eine Frage von Herrn Waldschmidt antwortet Herr Ziffus, dass er den Antrag im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr zurückgezogen habe, um seine Ab-

lehnung zu verhindern. Er habe die Diskussion im Hauptausschuss fortsetzen wollen, ohne dass diese mit einem negativen Beschluss vorbelastet sei.

Herr Mömkes und Herr Waldschmidt führen aus, dass die Vorlage zu diesem Antrag im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr eine sehr ausführliche Stellungnahme der Verwaltung enthalten habe. Diese Stellungnahme habe deutlich gemacht, wie weit die Stadt Bergisch Gladbach bereits mit der Reduzierung von CO₂-Emissionen sei, auch wenn das Ziel einer Reduzierung um 30% noch nicht erreicht worden sei. Herr Mömkes erläutert, er halte es für wichtig, dass die Stadt Bergisch Gladbach dieses Ziel weiter verfolge und über weitere Fortschritte, wie mit der Vorlage im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr geschehen, informiere. Er schlage daher vor, den Antrag dahingehend abzuändern, dass die Verwaltung beauftragt werde, regelmäßig über die Maßnahmen und Erfolge in Bezug auf die Reduzierung von CO₂-Emissionen zu berichten. Damit würde nicht nur ein Konzept erstellt, sondern die Verwaltung verpflichtend beauftragt.

Mit diesem Vorschlag zeigt sich Herr Ziffus einverstanden.

Der Hauptausschuss nimmt den so geänderten Antrag einstimmig an.

<-@

10.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 12.07.2007, eine Strukturuntersuchung für den Ortsteil Bergisch Gladbach - Sand bis Mitte 2008 durchzuführen

@-> Herr Mömkes erläutert, dass die beantragte Strukturuntersuchung für den Ortsteil Bergisch Gladbach - Sand von der Verwaltung im Zusammenhang mit der Stadtentwicklungsplanung zugesagt worden sei. Dabei sollten andere Stadtteile natürlich nicht unter den Tisch fallen.

Herr Ziffus äußert seine grundsätzliche Zustimmung zu dem Antrag. Es solle aber grundsätzlich eine Verdichtung der Wohnbebauung im Ortskern von Sand angestrebt werden; ausufernde Bebauung solle gerade am Ortsrand von Sand mit seinen sehr schönen Landschaftsbestandteilen verhindert werden.

Der Hauptausschuss nimmt den Antrag einstimmig im Sinne des Verfahrensvorschlages der Verwaltung an.

<-@

10.3 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 27.08.2007 zur Änderung der Richtlinien über die sonstige Benutzung von Straßen

@-> Herr Schütz führt aus, dass er - entgegen der Stellungnahme der Verwaltung - auch den Hauptausschuss für zuständig halte, da es sich auch um eine Angelegenheit der Stadtgestaltung handele.

Herr Orth widerspricht dieser Einschätzung unter Bezug auf die Zuständigkeitsordnung.

Der Antrag wird einstimmig bei Enthaltung der KIDitiative an den zuständigen Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr überwiesen.

<-@
11. Anfragen der Ausschussmitglieder

@-> Herr Zalfen: Anfrage zur Erarbeitung eines Einzelhandelskonzeptes für Bergisch Gladbach

Herr Zalfen fragt, ob die Verwaltung bereits einen Termin für die Fertigstellung des angekündigten Einzelhandelskonzeptes benennen könne.

Herr Schmickler antwortet, dass die verwaltungsinterne Abstimmung in der kommenden Woche erfolgen werde. Das Konzept werde in den nächsten Wochen fertig gestellt.

Herr Ziffus: Anfrage zum Zustand des Bereiches zwischen der Grünen Ladenstraße und der Rhein-Berg-Passage

Herr Ziffus bemängelt den sehr unansehnlichen Zustand und die mangelnde Beleuchtung vom Ende der Grünen Ladenstraße in Richtung Rhein-Berg-Passage. Es sei nicht im Sinne der Stadt, sich bei der Eröffnung der Rhein-Berg-Passage derart zu präsentieren. Er fragt, was die Verwaltung gegen diese Situation unternehmen wolle.

Herr Schmickler antwortet, dass bereits Graffitis, alte Plakate und Unkraut entfernt worden seien. Eine Wand unter der Brücke werde noch überstrichen. Neben der Brücke in Richtung Grüne Ladenstraße werde in den nächsten Tagen eine Grünpflege-maßnahme durchgeführt. Es werde gleichzeitig überprüft, ob und wie die unter der Brücke angebrachte Werbung attraktiver gestaltet werden könne. Das Beleuchtungsproblem unter der Brücke werde behoben, sobald die BELKAW eine Lösungsmöglichkeit für einen Stromanschluss gefunden habe.

Herr Mömkes: Anfrage zur Besetzung des Beirates der KAS

Herr Mömkes fragt, wie der Beirat der KAS besetzt werden solle.

Herr Mumdey antwortet, dass den Vertretern von Städten und Gemeinden im Rheinisch-Bergischen Kreis im Fachbeirat ein Sitz zugeteilt werde. Es werde derzeit mit den anderen Gemeinden abgestimmt, wer in den Beirat entsandt werden solle.

Herr Orth schließt den öffentlichen Teil der Sitzung. <-@